

Ressort: Politik

Bericht: Griechenland fordert mehr Reparationen als bislang bekannt

Athen, 10.10.2018, 09:20 Uhr

GDN - Griechenland fordert mit insgesamt bis zu 376 Milliarden Euro noch mehr Kriegs-Reparationen von Deutschland als bislang bekannt. Das geht aus dem bislang unveröffentlichten Bericht der griechischen Parlamentskommission zum Thema Reparationen hervor, aus dem die "Bild" (Mittwochsausgabe) zitiert.

Neben den Forderungen des griechischen Staates werden in dem Bericht erstmals auch individuelle Forderungen erwähnt. Die Kommission nennt zwei mögliche Varianten. Entweder eine Entschädigung der Angehörigen von 120.000 Menschen, die durch direkte Kriegshandlungen zu Tode oder in Lagern ums Leben kamen. Eine Entschädigung in Höhe von 700 Euro für 15 Jahre, also insgesamt 15.1 Milliarden Euro. Eine andere Variante für die individuellen Entschädigungen nennt auch alle Zivilisten, die während der Besatzung gestorben sind. Laut Zahlen der Pariser Konferenz von 1946: 558.000 Tote und 880.000 Arbeitsunfähige durch Verletzungen. Entschädigung für 15 Jahre jeweils 700 Euro pro Monat für die Toten und fünf Jahre jeweils 700 Euro pro Monat für Arbeitsunfähige durch Verletzungen. Insgesamt 107,2 Milliarden Euro. Dazu kommen die verschiedenen Ansprüche des griechischen Staates, unter anderem durch die Zerstörung der griechischen Infrastruktur und der Zwangsanleihe, was insgesamt eine Entschädigungs-Forderung laut des Berichts der Kommission von bis zu 376 Milliarden Euro ergibt. Laut "Bild" soll der Bericht auch Thema bei einem Besuch von Präsident Frank-Walter Steinmeier werden, der am Donnerstag in Athen erwartet wird. Triantafyllos Mitafides, Präsident der Reparationskommission im griechischen Parlament, sagte der Zeitung: "Die Frage der deutschen Reparationen wird bei jeder Gelegenheit vom griechischen Präsidenten Prokopis Pavlopoulos angesprochen. Leider bislang nur während Gedenkfeiern in Dörfern, die unter den Gräueltaten der Nazis litten. Ich denke, der Besuch des Bundespräsidenten ist eine gute Gelegenheit, diese Frage nicht nur durch öffentliche Erklärungen, sondern auch zwischen den beiden Präsidenten persönlich zu klären." Der Bericht und der Gesamtbetrag der Reparationen basiere nicht auf Spekulationen oder Schätzungen, sondern auf offiziellen Dokumenten, so Mitafides. "Und für uns gibt es keine Verjährungsfrist, um die deutschen Reparationen in Anspruch zu nehmen." Während griechische Politiker die Reparationen zum Besuch von Steinmeier zum Thema machen wollen, sehen deutsche Politiker keinen Grund für Reparationen. "Diese Diskussion schadet Europa und bringt Griechenland gar nichts. Deutschland muss nicht zahlen. Das ist völkerrechtlich schon seit dem Abkommen von 1960 klar. Das ist also nur ein durchsichtiges Manöver der griechischen Populisten, um innenpolitisch zu punkten", sagte FDP-Außenexperte Alexander Graf Lambsdorff der "Bild". Der CDU-Außenpolitiker Elmar Brok sagte der Zeitung: "Mit dem Schuldenabkommen wurde alles geregelt, es gibt rechtlich gesehen keine finanziellen Ansprüche gegen Deutschland. Die Diskussion schadet den deutsch-griechischen Beziehungen und darf nicht wieder beginnen."

Bericht online:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619